

**Kantonsrat***Parlamentsdienste*

*Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch*

**Medienmitteilung****Finanzkommission will keine Umgehung der demokratischen Kontrolle durch den Kantonsrat beim geplanten Parkhaus Kantonsspital Olten**

**Solothurn, 30. April 2010 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) verlangt für den Voranschlag 2011 eine ausgeglichene Erfolgsrechnung. Zudem stellt sie das Vorgehen des Regierungsrates bei der Finanzierung des Parkhauses beim Kantonsspital Olten in Frage und stimmt dem dringlichen Auftrag von Markus Schneider (SP), welcher die Finanzierung des Parkhauses auf dem ordentlichen Budgetweg verlangt, zu. Im Weiteren beschliesst die Finanzkommission einen präzisierten Änderungsantrag zum Auftrag der SVP betreffend angemessener Kündigungsschutz beim Kader.**

Die Finanzkommission hat an ihrer Sitzung vom letzten Mittwoch Vorgaben beschlossen, welche für das Budget 2011 eine ausgeglichene Erfolgsrechnung verlangen. Grundlage der Diskussion war der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2011 – 2014 sowie der Rechnungsabschluss 2009. Eine schwarze Null verlangt die FIKO auch für den Fall, dass zu den bisher geplanten Ausgaben noch weitere, im IAFP nicht enthaltene Ausgaben hinzukommen wie eine eventuell noch auszuhandelnde Lohnteuerung für das Staatspersonal und der vorgesehene zusätzliche jährliche Staatsbeitrag von rund 15 Millionen Franken in den direkten Finanzausgleich bei Rückzug der Gemeindeinitiative. Das von der Regierung für 2011 geplante Nettoinvestitionsvolumen von 138,5 Millionen Franken stand in der FIKO nicht zur Diskussion.

### **Umstrittene Finanzierung des Parkhauses beim Kantonsspital Olten**

Das geplante Parkhaus für das Kantonsspital Olten soll gemäss Vorschlag des Regierungsrates durch einen privaten Investor erstellt und finanziert werden. Der dringliche Auftrag von Markus Schneider (SP; Solothurn) verlangt das Parkhaus aus der Investitionsrechnung des Kantons zu finanzieren. Die FIKO erklärt den Auftrag erheblich. Sie sieht in der Übertragung des Baurechts am Baugrundstück im Spitalareal an einen privaten Investor zum Bau eines Parkhauses für das Kantonsspital Olten eine eigentliche Umgehung der Budgetrechte des Kantonsrates. Die FIKO anerkennt zwar die Notwendigkeit des raschen Baus des Parkhauses, befürchtet aber aufgrund der Argumentation des Regierungsrates eine präjudizierende Wirkung für künftige Projekte dieser Art. Sie stellt fest, dass präzise gesetzliche Bestimmungen für eine Vergabe an einen privaten Investor fehlen und ein derartiges Vorgehen zumindest der Zustimmung des Kantonsrates bedurft hätte. Die aktuell gute Finanzlage des Kantons und der Umstand, dass ein vom Kanton erstelltes Parkhaus aus wirtschaftlicher Sicht möglicherweise vorteilhafter wäre, waren weitere Gründe für die FIKO den Auftrag erheblich zu erklären.

### **Angemessener Kündigungsschutz beim Kader**

Der Auftrag der Fraktion SVP will die Möglichkeit schaffen Arbeitsverhältnisse von Angestellten mit einem Verdienst von mindestens 120'000 Franken pro Jahr in begründeten Fällen rasch und unbürokratisch zu kündigen. Der Regierungsrat schlägt sogar vor, bei allen Personalkategorien in begründeten Fällen, insbesondere bei irreparabler Zerstörung des Vertrauensverhältnisses, ein vereinfachtes Kündigungsverfahren einzuführen und dies auch so gesetzlich zu regeln, wenn keine Einigung mit den Personalverbänden zustande kommt. Die FIKO will keine Aufweichung des Kündigungsschutzes für Nichtkadermitglieder, sieht aber Handlungsbedarf beim Kader. Sie beantragt dem Parlament in Abänderung des Auftrages der SVP. Der Regierungsrat soll den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) zusammen mit den Sozialpartnern in dem Sinne ändern, dass das Anstellungsverhältnis beim Kader in begründeten Fällen insbesondere bei mangelnder Eignung, ungenügender Leistung und irreparabler

Zerstörung des Vertrauensverhältnisses in einem vereinfachten Verfahren gekündet werden kann. Die FIKO erwartet, dass die Sozialpartner eine angemessene Lösung finden.

Die Finanzkommission hat im Weiteren einstimmig einer Erhöhung der Anzahl Staatsanwältinnen und Staatsanwälten um 4,5 Stellen auf 18,5 Stellen zugestimmt und den entsprechenden Zusatzkredit zum Globalbudget für die Jahre 2011 und 2012 bewilligt.